

7.2 Erwerbsbeteiligung

Methodische Hinweise

Die Erwerbsbeteiligung wird als Quotient aus der Anzahl der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren und der Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse gebildet. Der verwendete Eurostat-Indikator deckt die in privaten Haushalten lebende Bevölkerung ab, schließt jedoch kollektive Haushalte wie Pensionen, Studentenwohnheime, Haftanstalten oder Krankenhäuser aus.

Arbeit als Vergesellschaftungsinstitution In der Arbeitsmarktforschung wird zur allgemeinen Charakterisierung der Integration in das Erwerbssystem die »Erwerbsbeteiligung« verwendet. Diese ist auch für sozialstrukturelle Prozesse zentral, da von der Integration in den Arbeitsmarkt das Einkommen, die Sozialkontakte, die Handlungsmöglichkeiten und das Selbstverständnis der Individuen abhängen (Klein 2005: 283). Die Beteiligung an Erwerbsarbeit hat somit die Bedeutung doppelter Vergesellschaftung, nämlich »unter der Perspektive der Sicherung des Lebensunterhalts als auch unter Gesichtspunkten sozialer Integration« (Bonß 2006: 53). Schon für sozialwissenschaftliche Klassiker wie Marx, Weber oder Durkheim galt die Erwerbsarbeit als eine zentrale Vergesellschaftungsinstitution (siehe unten, vgl. Abschnitt 3.1), da die große Mehrheit der Bevölkerung zu ihrer Zeit an Produktionsprozessen beteiligt war. Zwar ist in den 1980er-Jahren in einer lebhaften Debatte das Ende der Arbeitsgesellschaft diskutiert worden, nach der die Erwerbsarbeit ihre strukturbildende Kraft für die Gesamtgesellschaft eingebüßt habe (zu den Konturen der Debatte siehe Dahrendorf 1982; Offe 1982). Allerdings erwiesen sich solche Thesen als verfrüht, und die Zentralität der Erwerbsarbeit wird auch im 21. Jahrhundert bestehen bleiben. Mit einer stärker ökonomischen Sichtweise würde man die Erwerbsbeteiligung als zentralen Indikator für die Nachfrage nach lebendiger Arbeit auf dem Arbeitsmarkt sehen. Bei einer solchen Betrachtungsweise ist es üblich, die Erwerbsbeteiligung von verschiedenen Bevölkerungsgruppen (Frauen, Männer, Junge, Alte) vergleichend zu analysieren (Hradil 2006a: 167).

Erwerbsbeteiligung als Indikator für Arbeitsmarktnachfrage

Historisch ist die Zentralität der Erwerbsarbeit auf den Industrialisierungsprozess im 19. Jahrhundert zurückzuführen (vgl. Kapitel 3). Damit einhergehend gilt für die Klassiker der Soziologie die Arbeitssphäre als »die Vergesellschaftungsinstitution: Für Marx ist die Analyse der Erwerbsarbeit zentral, da dadurch Produktions- und Herrschaftsverhältnisse, aber auch Konflikte zwischen sozialen Gruppen in den Blick genommen werden können. Bei Durkheim ist Arbeit und die Teilung von Arbeitsprozessen eine Quelle von Solidarität und sozialer Integration. Für Weber hingegen sind die Formen der industriegesellschaftlichen Arbeitsorganisation (Stichworte sind Rationalisierung, Bürokratie, Arbeitsethik) von großer Relevanz, da sie den Status gesamtgesellschaftlicher Wirkprinzipien besitzen. In den 1980er-Jahren wurde vielfach die These vom Ende der Arbeitsgesellschaft vertreten (vgl. Dahrendorf 1982; Offe 1982). Demnach habe die strukturbildende Kraft der Arbeitswelt durch sinkende Lebensarbeitszeit und Zunahme außerbetrieblicher (Freizeit-)Aktivitäten abgenommen. In der aktuellen Forschung werden eher eine Veränderung des Bedeutungsgehalts und eine Transformation der Erwerbsarbeit diskutiert (Berger/Konietzka 2001; Blossfeld/Hofmeister 2006a; Blossfeld et al. 2006; Häußermann/Siebel 1998; Kronauer/Linne 2005; Voß/Pongratz 2004). Themen sind der Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, das Ende des männlichen Ernährermodells, die wachsende Erwerbsbeteiligung

von Frauen, die Individualisierung der Arbeit (Arbeitskraftunternehmerthese), die Angleichung der Arbeitsvollzüge zwischen den Branchen durch PC, Internet, Multimedia, die Rationalisierung und Arbeitsanreicherung in Hochlohngebieten, die Auslagerung der Arbeit in Niedriglohngebiete, die Flexibilisierung der Arbeit durch das Aufbrechen starrer Arbeitszeitstrukturen, vermehrte Befristung und Teilzeitarbeit.

Erwerbsbeteiligung

Tab. 10

	Frauen			Männer			Gesamt		
	1995	2000	2006	1995	2000	2006	1995	2000	2006
EU-15	49,7	54,1	58,7	70,5	72,8	73,6	60,1	63,4	66,2
Belgien	45,0	51,5	54,0	66,9	69,5	67,9	56,1	60,5	61,0
Dänemark	66,7	71,6	73,4	79,9	80,8	81,2	73,4	76,3	77,4
Deutschland	55,3	58,1	62,2	73,7	72,9	72,8	64,6	65,6	67,5
Irland	41,6	53,9	59,3	67,1	76,3	77,7	54,4	65,2	68,6
Griechenland	38,1	41,7	47,4	72,5	71,5	74,6	54,7	56,5	61,0
Spanien	31,7	41,3	53,2	62,5	71,2	76,1	46,9	56,3	64,8
Frankreich	52,1	55,2	58,8	67,2	69,2	69,0	59,5	62,1	63,8
Italien	35,4	39,6	46,3	66,9	68,0	70,5	51,0	53,7	58,4
Luxemburg	42,6	50,1	54,6	74,4	75,0	72,6	58,7	62,7	63,6
Niederlande	53,8	63,5	67,7	75,3	82,1	80,9	64,7	72,9	74,3
Österreich	59,0	59,6	63,5	78,5	77,3	76,9	68,8	68,5	70,2
Portugal	54,4	60,5	62,0	73,5	76,5	73,9	63,7	68,4	67,9
Finnland	59,0	64,2	67,3	64,2	70,1	71,4	61,6	67,2	69,3
Schweden	68,8	70,9	70,7	73,1	75,1	75,5	70,9	73,0	73,1
Großbritannien	61,7	64,7	65,8	75,1	77,8	77,3	68,5	71,2	71,5
Bulgarien	–	46,3	54,6	–	54,7	62,8	–	50,4	58,6
Tschechien	–	56,9	56,8	–	73,2	73,7	–	65,0	65,3
Estland	–	56,9	65,3	–	64,3	71,0	–	60,4	68,1
Zypern	–	53,5	60,3	–	78,7	79,4	–	65,7	69,6
Lettland	–	53,8	62,4	–	61,5	70,4	–	57,5	66,3
Litauen	–	57,7	61,0	–	60,5	66,3	–	59,1	63,6
Ungarn	45,4*	49,7	51,1	59,7*	63,1	63,8	52,4*	56,3	57,3
Malta	–	33,1	34,9	–	75,0	74,5	–	54,2	54,8
Polen	51,3*	48,9	48,2	66,8*	61,2	60,9	58,9*	55,0	54,5
Rumänien	59,1*	57,5	53,0	71,9*	68,6	64,6	65,4*	63,0	58,8
Slowenien	58,0*	58,4	61,8	67,0*	67,2	71,1	62,6*	62,8	66,6
Slowakei	–	51,5	51,9	–	62,2	67,0	–	56,8	59,4
EU-27	–	53,7	57,3	–	70,8	71,6	–	62,2	64,5

Quelle: Eurostat (2008b); *1997; Erwerbsquote in %.

Die Erwerbsbeteiligung innerhalb Europas variiert sehr stark. Sie ist innerhalb der EU-15 deutlich höher als in den Beitrittsnationen. In Schweden, Dänemark, Großbritannien und den Niederlanden waren im Jahr 2006 zwischen 72 und 77 % der Gesamtbevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Obwohl dies Länder mit hohen Lohn- und Lohnnebenkosten sind, ist dort die Arbeitsnachfrage der Unternehmen sehr groß. Relativ niedrig ist die Erwerbsbeteiligung in Beitrittsnationen wie Polen, Malta, Bulgarien, Ungarn und Rumänien sowie in Italien, wo 2006 zwischen 54 und 59 % der Bevölkerung am Erwerbsleben beteiligt waren. Die Bundesrepublik weist eine leicht überdurchschnittliche Erwerbsbeteiligung auf: Knapp 68 % der Personen im erwerbsfähigen Alter waren im Jahre 2006 in den Arbeitsmarkt integriert.

hohe Erwerbsbeteiligung in Skandinavien, Großbritannien, den Niederlanden

Auf dem europäischen Arbeitsmarkt sind mehr Männer als Frauen aktiv. Besonders hoch ist die Erwerbsbeteiligung von Männern in Dänemark, den Niederlanden, Zypern, Irland und Österreich (zwischen 77 und 81 %). Besonders niedrig war die Erwerbsbeteiligung von Männern in Polen, Malta, Ungarn und Italien. Im Hinblick auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen sind die sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten (Dänemark, Schweden, Finnland, Niederlande) und die liberalen Ökonomien Großbritannien und Estland führend (Erwerbsquoten zwischen 65 und 73 %). Die Gründe für diese hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen variieren (Mandel/Semyonov 2006; Pettit/Hook 2005; Sainsbury 1999; van der Lippe/van Dijk 2002): In den skandinavischen Staaten und in den Niederlanden kommen sie über eine erhebliche, auch staatlich geförderte Teilzeitquote zustande. Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ist ebenfalls wichtig, da durch ihn eine Vielzahl von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung sowie im Gesundheits- und Erziehungswesen für Frauen entstanden sind. In den liberalen Ökonomien sind der allgemein hohe Marktdruck (niedrige Dekommodifizierung), eine im Durchschnitt hohe Humankapitalausstattung von Frauen und das starke Nachfrageverhalten der Unternehmen für eine hohe weibliche Erwerbsbeteiligung verantwortlich. Eher niedrig ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen in einigen südeuropäischen Ländern (Malta, Italien, Griechenland) und in Polen, wo aktuell zwischen 35 und 48 % der Frauen in Lohn und Brot sind. Damit ist die Variation der Erwerbsbeteiligung innerhalb der Gruppe der Frauen größer als bei den Männern. Zwischen Dänemark auf der einen Seite und Malta auf der anderen Seite liegen fast 40 Prozentpunkte Differenz.

Erwerbsbeteiligung bei Männern höher als bei Frauen

Erwerbsbeteiligung steigt

Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt in Westeuropa

Zwischen 1995 und 2006 ist die Arbeitsnachfrage der Unternehmen in Europa gestiegen (Tab. 10, rechte Spalte). Im Jahre 2006 waren innerhalb der EU-15 66,2 % der 15- bis 64-Jährigen am Erwerbsleben beteiligt gegenüber 60,1 % im Jahr 1995. Besonders stark wuchs dabei die Arbeitsmarktbeteiligung in Spanien, Irland, den Niederlanden und Finnland (+15 % bis +38 %). Österreich und Schweden verzeichnen von den Ländern, die zum bisherigen Kerneuropa zählen, den geringsten Anstieg der Erwerbsbeteiligung. In den Beitrittsstaaten findet sich mit einigen Ausnahmen ein ähnliches Muster wie in Westeuropa. Allerdings können hier häufig nur Veränderungen zwischen 2000 und 2006 beobachtet werden. In diesem vergleichsweise kurzen Zeitraum stieg die Erwerbsbeteiligung vor allem in Ungarn, Estland und Lettland. Die Erwerbsorientierung in Europa hat sich damit insgesamt erhöht. Rumänien und Polen sind Sonderfälle innerhalb Europas. Hier nimmt die Erwerbsbeteiligung ab (vgl. Glass/Kawachi 2005; OECD 2006e; Vlad 2004). In der Folge dieser Gesamtentwicklung hat sich die Variation der Erwerbsbeteiligung in Europa im Zeitverlauf verringert (SD 1995: 7,1; 2006: 6,0).

Für Frauen und Männer verläuft diese Entwicklung nicht einheitlich, denn innerhalb der Europäischen Union hat in den letzten Jahren vor allem die Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt zugenommen. Damit schrumpfen im Zeitverlauf die Unterschiede zwischen den Geschlechtern. Im Durchschnitt des bisherigen Kerneuropas stieg die Erwerbsbeteiligung von Frauen zwischen 1995 und 2006 von 49,7 auf 58,7 %, während die der Männer im selben Zeitraum um drei

Prozentpunkte auf 73,6 % zunahm. Bei den Männern ist der Anstieg der Erwerbsquoten besonders deutlich in Spanien und Irland. Vor allem in Rumänien und Polen, aber auch in Österreich und Deutschland sinkt die Erwerbsbeteiligung von Männern. Die größten Zuwächse bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen lassen sich in den EU-Kernländern Spanien, Irland, Italien, den Niederlanden und Griechenland beobachten (vgl. Jaumotte 2003; Kaiser 2006). In den Beitrittsnationen liegt ein etwas anderes Muster vor. Sowohl bei Frauen als auch bei Männern nimmt zwar in den meisten Ländern die Erwerbsbeteiligung zu. Dass sie bei den Frauen stärker als bei den Männern steigt, ist jedoch nicht durchgehend beobachtbar. Am ehesten an die Muster der EU-15 angelehnt, verläuft die Entwicklung in Zypern, Malta, Ungarn, Estland und Bulgarien, da hier Frauen höhere Zuwachsraten bei der Erwerbsbeteiligung haben. Im Ergebnis dieser Entwicklung haben sich die Muster der Arbeitsmarktintegration von Männern und Frauen, und die damit verbundenen Einkommens- und Wohlstandschancen, vor allem in der bisherigen Kernunion stärker aneinander angepasst.

Konvergenz der Erwerbsbeteiligung

7.3 Arbeitslosigkeit

Methodische Hinweise

Datengrundlage des Abschnitts sind Eurostat-Angaben. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an der Erwerbsbevölkerung. Die Erwerbsbevölkerung ist die Summe der Erwerbstätigen und der Arbeitslosen. Nach der Eurostat-Definition zählen zu den Arbeitslosen alle Personen von 15 bis 74 Jahren, die zum Zeitpunkt der Datenerhebung ohne Arbeit waren.

Arbeitslosigkeit geht in den meisten europäischen Staaten mit hohen Armutsrisiken, geringen Konsummöglichkeiten und direkter Abhängigkeit von staatlichen und privaten Unterstützungsleistungen einher. Arbeitslose sind daher von den mit der Integration in den Arbeitsmarkt zusammenhängenden Vergesellschaftungsprozessen weitgehend ausgeschlossen. Die Risiken, seine Arbeit zu verlieren, sind in modernen Gesellschaften nicht gleich verteilt, sondern sozial strukturiert. Hohe Risiken tragen Arbeitsmarkteinsteiger, ältere Arbeitnehmer, Migranten und Frauen.

Arbeitslosigkeitsrisiken sozial strukturiert

Über viele Jahrzehnte lag der Arbeitslosigkeitsdiskussion die Annahme zugrunde, dass von Erwerbslosigkeit primär jene betroffen sind, die sozioökonomisch schwächeren Gesellschaftsgruppen angehören, und dass Arbeitslosigkeit zur dauerhaften sozialen Ausgrenzung führt. Mit dem Einzug von biografischen und Längsschnittmethoden in die Arbeitslosigkeitsforschung wurde jedoch Arbeitslosigkeit zunehmend als ein Übergangsphänomen beziehungsweise als ein quasi normaler Bestandteil von Erwerbsverläufen verstanden, von dem auch Mittelschichten zunehmend betroffen sind (Kronauer et al. 1993; Mutz et al. 1995).

Folgen von Arbeitslosigkeit

In das Zentrum des Forschungsinteresses rückten neue Fragen: Nicht mehr nur das Herausfallen aus der Lohnarbeit, sondern vielmehr der (Wieder-)Eintritt, d. h. die Frage, in welcher Weise verschiedene Personengruppen aus Erwerbslosigkeit wieder einen Zugang zum Beschäftigungssystem finden, wurde stärker untersucht (Bernardi et al. 2000; Konietzka 2003; McArdle et al. 2007; Promberger et al. 2008). Damit verbreitete sich auch die Vorstellung, dass Arbeitslosigkeit nicht mehr zwangsläufig zu Verarmung, sozialer Deprivation, Apathie und Resignation führt, wie dies in der klassischen Arbeitslosigkeitsforschung beschrieben wurde (Jahoda et al. 2006 [1933]). Zumindest ein Teil der Erwerbslosen, so zeigten Studien bereits Mitte der 1990er-Jahre (Kronauer et al. 1993; Mutz et al. 1995), können auch Handlungs- und Gestaltungsoptionen in der Phase der Nichtbeschäftigung nutzen und entwickeln.

Vollbeschäftigung Im Jahre 2007 war bei einer Arbeitslosigkeit von sieben Prozent jeder 14. Arbeitnehmer der EU ohne Beschäftigung (Tab. 11). Am niedrigsten ist die Arbeitslosigkeit in den Niederlanden, Dänemark, Zypern, Litauen, Österreich, Irland, Luxemburg, Slowenien und Estland. Bei Quoten zwischen 3,2 und 4,9 % kann man für diese Länder von einer annähernden Vollbeschäftigung ausgehen. In der Bundesrepublik zeigen sich bei einer Arbeitslosenquote von 8,4 % trotz der Reformbemühungen der letzten Jahre große Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt (OECD 2008: 69ff.). Die hohe Arbeitslosigkeit (dritthöchste Quote in der EU-27) ist primär auf die Arbeitsmarktprobleme in Ostdeutschland zurückführbar, wo, ähnlich wie in Polen oder der Slowakei, die Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den transformationsbedingten Restrukturierungen in den 1990er-Jahren stark angestiegen ist (Münich/Svejnar 2007).

Arbeitslosigkeit von Männern in Europa niedriger als von Frauen Die Arbeitslosigkeit von Männern ist in Europa im Durchschnitt niedriger als die von Frauen. Besonders häufig sind Frauen in südeuropäischen Staaten wie Griechenland, Spanien, Italien und Portugal ohne Job. Hier ist die Frauenarbeitslosigkeit teilweise doppelt so hoch wie die der Männer. Ein Grund ist die überwiegende Beschäftigung von Frauen in der Dienstleistungsbranche und in kleineren Betrieben. Daneben ist der öffentliche Sektor, in dem Frauen traditionell gute Beschäftigungsmöglichkeiten besitzen, weniger stark ausgebaut als in Skandinavien oder Deutschland (vgl. Abschnitt 7.4). Frauen arbeiten dadurch, trotz einer geringeren Quote von Schulabbrechern und einem höheren Anteil von Hochschulabsolventinnen, häufiger in unsicheren Jobs und sind Marktrisiken viel direkter ausgesetzt als Männer (Blossfeld/Hofmeister 2006b; Cousins 1999; Flaquer 2000; Noguera 2006; Pisati/Schizzerotto 2006; Zambarloukou 2007). Ferner ist unter den aktuellen Zuwanderern ein hoher Anteil weiblicher Migranten zu finden, was die Konkurrenz in eher »weiblichen« Arbeitsmarktsegmenten des tertiären Sektors (personenbezogene Dienstleistungen, Pflege, Tourismus) verstärkt hat (Ayres/Barber 2006: 29).²⁴ Auch in einigen der osteuropäischen Bei-

Arbeitslosigkeit von Frauen

²⁴ Ergänzend führen Ferrera (1996) und Cousins (1999) politische und kulturelle Gründe für eine hohe Arbeitslosigkeit von Frauen in Südeuropa an. Auch Blossfeld/Hofmeister

Arbeitslosigkeit

Tab. 11

	Frauen			Männer			Gesamt		
	1995	2000	2007	1995	2000	2007	1995	2000	2007
EU-15	11,9	9,2	7,7	8,6	6,4	6,4	10,0	7,6	7,0
Belgien	12,7	8,5	8,5	7,6	5,6	6,7	9,7	6,9	7,5
Dänemark	8,1	4,8	4,1	5,6	3,9	3,4	6,7	4,3	3,7
Deutschland	10,9	7,5	8,3	6,9	7,5	8,4	8,0	7,2	8,4
Irland	12,5	4,2	4,1	12,2	4,3	4,7	12,3	4,2	4,5
Griechenland	14,1	17,1	12,8	6,2	7,4	5,2	9,2	11,2	8,3
Spanien	24,6	16,0	10,9	14,8	7,9	6,4	18,4	11,1	8,3
Frankreich	13,1	10,9	8,8	9,4	7,6	7,9	11,1	9,1	8,3
Italien	15,4	13,6	7,9	8,6	7,8	4,9	11,2	10,1	6,1
Luxemburg	4,3	3,1	5,7	2,0	1,8	4,0	2,9	2,3	4,7
Niederlande	8,1	3,6	3,6	5,5	2,2	2,8	6,6	2,8	3,2
Österreich	5,0	4,3	5,0	3,1	3,1	3,9	3,9	3,6	4,4
Portugal	8,2	4,9	9,6	6,5	3,2	6,6	7,3	4,0	8,0
Finnland	15,1	10,6	7,2	15,7	9,1	6,5	15,4	9,8	6,9
Schweden	7,8	5,3	6,4	9,7	5,9	5,8	8,8	5,6	6,1
Großbritannien	6,8	4,8	4,9	9,9	5,8	5,5	8,5	5,3	5,2
Bulgarien	–	9,8	7,3	–	16,7	6,5	–	16,4	6,9
Tschechien	–	9,8	6,7	–	7,3	4,3	–	8,7	5,3
Estland	8,9+	7,1	4,0	10,3+	13,8	5,8	9,6+	12,8	4,9
Zypern	–	6,5	4,6	–	3,2	3,3	–	4,9	3,9
Lettland	–	8,7	5,4	–	14,4	6,4	–	13,7	5,9
Litauen	–	8,3	4,4	–	18,6	4,1	–	16,4	4,3
Ungarn	8,1+	7,4	7,6	9,7+	7,0	7,0	9,0+	6,4	7,2
Malta	–	9,0	7,6	–	6,4	5,7	–	6,7	6,3
Polen	13,0+	19,1	10,4	9,1+	14,4	9,0	10,9+	16,1	9,6
Rumänien	–	6,4	5,4	–	7,8	7,2	–	7,2	6,4
Slowenien	7,1+	7,0	5,8	6,8+	6,5	3,8	6,9+	6,7	4,7
Slowakei	–	17,2	12,8	–	18,9	10,0	–	18,8	11,3
EU-27	–	9,8	7,8	–	7,8	6,6	–	8,6	7,1

Quelle: Eurostat (2008b); +Wert: 1997.

trittsnationen sind die Arbeitslosigkeitsrisiken von Frauen deutlich größer als die der Männer (Tschechien, Slowenien, Slowakei), was in der Literatur als negativer Effekt der Transformations- und Modernisierungsprozesse angesehen wird (Cazes/Nesporova 2007; Lauerová/Terrell 2002). Für die mittelfristige Entwicklung dieser Länder wird sich die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt vermutlich abschwächen, da auch hier inzwischen Frauen besser ausgebildet sind als Männer (Eurostat 2008b). In Estland, Rumänien, Lettland, Irland und Großbritannien haben Frauen hingegen ein geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko als Männer, was sich vor allem auf eine bessere Humankapitalausstattung von weiblichen Arbeitnehmern (weniger gering qualifizierte Frauen, weniger Schulabbrecherinnen, mehr weibliche Hochschulabsolventen) zurückführen lässt (Azmat et al. 2004; Eamets/Ukrainski 2000; European Commission 2007a; Eurostat 2008b; Evans 1998; Feldmann 2005).²⁵

(2006b: 439) argumentieren ähnlich: "A traditional male-oriented workplace culture denies women promotion opportunities [...], while the rise in education for women makes women better qualified, adding to the frustration of the situation."

²⁵ Für Lettland und Estland wird dieser Sachverhalt mit einem Rückzug einer großen Gruppe von Frauen aus dem Erwerbsleben begründet. Feldmann (2005: 72) und

Arbeitslosigkeitsrückgang Zwischen Mitte der 1990er-Jahre und dem Jahr 2007 lässt sich in Europa ein Rückgang der Arbeitslosigkeit um circa ein Drittel feststellen. Die steigende Integrationskraft des Arbeitsmarktes kann als Ausdruck der wirtschaftlichen Prosperität, der wachsenden Verflechtung europäischer Ökonomien und der steigenden Konkurrenzfähigkeit Europas auf den Weltmärkten interpretiert werden. Zusätzlich haben strukturelle Reformen der Arbeitsmärkte (Förderung Teilzeitarbeit, Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit, steuerliche Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen), verstärkte Übergänge in Rente, der Zuwachs an hoch qualifizierten Arbeitskräften, aber auch der Anstieg der Zuwanderung in einzelnen Mitgliedsländern die Arbeitsmarktsituation positiv verändert (Biagi/Lucifora 2008; Blanchard 2006; OECD 2007g). Eine besonders deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit ist in den letzten Jahren im Baltikum, Irland, Bulgarien, Finnland, Spanien und den Niederlanden zu beobachten. In Irland und Litauen sank die Arbeitslosenquote 2007 sogar auf ein Drittel beziehungsweise ein Viertel des Niveaus von 1995 (bzw. 2000); ein weiterer Beleg für die ökonomischen Fortschritte dieser Länder in den letzten Jahren. Deutschland ist, neben zum Beispiel Portugal, eines der wenigen Länder, wo die Arbeitsmarktprobleme gegen den allgemeinen Trend zwischen 1995 und 2007 größer geworden sind. Diese Entwicklung wird vor allem durch die steigende Arbeitslosigkeit von Männern getragen, während die der Frauen zurückgegangen ist. Der Befund für die Bundesrepublik gilt tendenziell auch für die anderen europäischen Staaten: Die Arbeitslosigkeit von Frauen sinkt deutlicher als die der Männer. Damit diskriminiert der Arbeitsmarkt zwischen Männern und Frauen in einem geringeren Maße als je zuvor. Die strukturbildende Kraft dieser Arbeitsmarktdynamik für gesamtgesellschaftliche Prozesse ist nicht zu unterschätzen (z. B. Geburtenrückgang, Absinken des Erstheiratsalters, vgl. Kapitel 5). Im Zuge dieser Veränderungen, das zeigen die Berechnungen der Standardabweichungen der Arbeitslosigkeit, werden die Unterschiede innerhalb der Gruppe der europäischen Frauen geringer, während sie bei den Männern größer werden. Insgesamt kann man vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse von einer Transformation und Feminisierung der Erwerbsarbeit in Europa sprechen.

Arbeitslosigkeit von Frauen sinkt

Transformation Erwerbsarbeit

Eamets/Ukrainski (2000: 469) argumentieren, dass dies teilweise freiwillig geschieht, da Frauen sich stärker um Familie und Kinder kümmern wollen. Zum Teil erfolgt der Rückzug aus dem Erwerbsleben unfreiwillig, da schlichtweg Arbeitsplätze fehlen und der Ausstieg aus dem Arbeitsleben institutionell gefördert wird. Bei diesen Frauen handelt es sich häufig um Personen mit niedrigen Qualifikationen. Im Ergebnis hat sich die Qualifikationsstruktur der weiblichen gegenüber den männlichen Arbeitskräften verbessert. Vor allem in Großbritannien, aber auch in Irland lässt sich schon länger eine geringere Arbeitslosigkeit von Frauen als von Männern beobachten (Evans 1998; OECD 2006g). Erklären lässt sich dies mit einer günstigeren Humankapitalausstattung weiblicher Arbeitnehmer (Azmat et al. 2004; European Commission 2007a; Eurostat 2008b). Noch wichtiger ist nach Auffassung von Evans (1998) die verbesserte Unterstützung und rechtliche Absicherung für junge Frauen, die nach familien- oder kinderbedingten Erwerbsunterbrechungen in das Arbeitsleben zurückkehren. Diese sozialpolitischen Maßnahmen haben in Großbritannien die Arbeitslosigkeit von Frauen stark reduziert.

7.4 Sektoraler und berufsstruktureller Wandel

Methodische Hinweise

Die Veränderung der sektoralen Struktur des Arbeitsmarktes wird über den prozentualen Anteil der Beschäftigten im primären (Land- und Forstwirtschaft, Bergbau, Fischerei), sekundären (Industrie und Bau) und tertiären Sektor (private und öffentliche Dienstleistungen) betrachtet. Grundlage ist die Eurostat-Arbeitskräfteerhebung.

Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wurde ebenfalls auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat berechnet. Hierfür wurden unter Verwendung der NACE-Wirtschaftszweigklassifikation²⁶ der Europäischen Union die Bereiche zusammengefasst, in denen öffentliche Beschäftigung dominiert: NACE-Gruppen L (öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung), M (Erziehung, Unterricht) und N (Gesundheits- und Sozialwesen).

Um den berufsstrukturellen Wandel in Europa abzubilden, wird der Anteil verschiedener Berufsgruppen an der Gesamtbeschäftigung auf der Grundlage der Arbeitskräfteerhebung von Eurostat dargestellt. Dabei handelt es sich um hoch qualifizierte Dienstleistungstätigkeiten, qualifizierte und einfache Dienstleistungstätigkeiten, qualifizierte Tätigkeiten in der Landwirtschaft, Industrie und auf dem Bau sowie unqualifizierte Tätigkeiten.

Wir haben in den vorangegangenen Abschnitten bereits einige wesentliche Eigenschaften der europäischen Arbeitsmärkte diskutiert. Ein weiteres, zentrales Merkmal ist die sektorale und berufsstrukturelle Gliederung des Arbeitsmarktes und deren Veränderungen. Der sektorale und berufsstrukturelle Wandel wird in der Literatur mit Verweisen auf die Theorien der Dienstleistungsgesellschaft diskutiert. Folgt man den »klassischen« Dienstleistungstheorien von Fourastié (1954), Bell (1985) und Castells (1996), dann vollzieht sich in kapitalistischen Gesellschaften langfristig ein Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft (siehe auch Abschnitt 3.3). Demnach kommt es in zentralen gesellschaftlichen Bereichen durch Ausweitung der Management- und Planungsfunktion in den Unternehmen, durch eine Ausbreitung der Informationstechnologien sowie durch die Expansion von konsumorientierten Dienstleistungen, Marketing oder Werbung zu massiven Umstrukturierungen. Die Industriegesellschaft ist nach Fourastié lediglich eine Übergangsgesellschaft. In der tertiären Gesellschaft wären 80 % der Beschäftigten im Dienstleistungsbereich und insgesamt nur etwa 20 % der Menschen in der Industrie und Landwirtschaft beschäftigt. Die Tertiarisierung der modernen Gesellschaft bringt darüber hinaus einen Wandel des Beschäftigungssystems in Richtung auf höher qualifizierte und physisch weniger belastende (Dienstleistungs-)Arbeit mit sich. Als Konsequenz wird das Beschäftigungssystem

Wandel des Beschäftigungssystems, Wissen als axiales Prinzip

Dienstleistungstheorien

²⁶ Die »Nomenclature générale des activités économiques dans les Communautés Européennes (NACE)« ist ein System zur Klassifizierung von Wirtschaftszweigen, das von der Europäischen Union auf der Grundlage »International Standard Industrial Classification of all Economic Activities« der UN 2001 entwickelt wurde.

von einer Klasse professioneller und technisch qualifizierter Berufe dominiert. Das Wissen, nach Bell das »axiale Prinzip« der post-industriellen Gesellschaft, wird Grundlage von technischen, politischen und sozialen Innovationen. Technologische Entwicklungsmöglichkeiten nehmen einen breiteren Raum ein. Damit tritt die Informationstechnologie als neue Technologie neben die Maschinentheorie (Bell 1985: 257ff.).

Wissen als axiales Prinzip post-industrieller Dienstleistungsgesellschaften: Bell (1985: 29ff., 52ff., 119ff.) argumentiert, dass von den drei zentralen Machtquellen »Eigentum/Verfügung über Kapital«, »Wissen« und »Macht« das Wissen allmählich das Übergewicht erhält. In der post-industriellen Gesellschaft dominiert die Klasse der Wissenschaftler, Techniker und politischen Technokraten. Die wissenschaftliche Analyse wird in dieser Lesart zur dominierenden Weltinterpretation, und technische Problemlösungen werden zum Paradigma gesellschaftlicher Steuerung. Damit verschieben sich Wertorientierungen, Konfliktlinien und Herrschaftsstrukturen in der post-industriellen Gesellschaft, und das Privateigentum stellt nicht mehr das axiale Prinzip dieser neuen Gesellschaftsformation dar.

Drei-Sektoren-Theorie Die sogenannte Drei-Sektoren-Theorie markiert den Anfang der Diskussion um die Dienstleistungsgesellschaft. Im primären Sektor sind nach Fourastié (1954: 29ff.) mittlere Produktivitätssteigerungen möglich, im Sekundärsektor sind dauerhaft relativ hohe Steigerungsraten denkbar. Im Tertiärsektor finden sich die niedrigsten Rationalisierungs- und Produktivitätspotenziale, denn der Anwendbarkeit moderner Technologien sind hier Grenzen gesetzt.²⁷ Die Kombination aus der Freisetzung von industriellen Arbeitskräften, den geringen Rationalisierungspotenzialen im Dienstleistungssektor und dem veränderten Nachfrageverhalten der Menschen sorgt dann dafür, dass der »unproduktivere« Tertiärsektor sehr viele Arbeitskräfte absorbieren kann. Damit wird in der Theorie von Fourastié (1954: 29ff., 66ff., 241ff.) die Entstehung der Dienstleistungsgesellschaft doppelt begründet: mit divergierenden Entwicklungspotenzialen von Technologie und Produktivität in einzelnen volkswirtschaftlichen Sektoren und mit einer Verschiebung der Struktur der Nachfrage von der physischen Existenzsicherung hin zur Befriedigung von Freizeit- und Konsumbedürfnissen.

Nach einem Vorschlag von Scharpf (1986) ist zur Abschätzung der Arbeitsmarkteffekte der Tertiarisierung eine Unterscheidung zwischen produktionsnahen und konsumorientierten Diensten hilfreich.²⁸ Beide Bereiche unterschei-

²⁷ Man kann das an den Produktivitätsunterschieden bei Beschäftigten im Gesundheitssektor und in der Automobilindustrie verdeutlichen. Letztere Gruppe hat in Deutschland ihre Produktivität in den letzten 30 Jahren um etwa den Faktor acht gesteigert. Auch Beschäftigte im Gesundheitssektor sind heute produktiver denn je, aber weit davon entfernt, Produktivitätszuwächse zu realisieren, wie sie in der Industrie üblich sind.

²⁸ Produktionsorientierte Dienstleistungen entstehen im Zuge der Rationalisierung der industriellen Produktion. Forschung, Entwicklung, Marktforschung, Werbung, Finanzierung, Transport, Management, Organisation oder Rechnungswesen werden immer wichtiger gegenüber der eigentlichen Herstellung von Produkten. Zu den personen- und konsumbezogenen Dienstleistungen zählen Dienste in den Bereichen Gesundheit, Pflege, Bildung, Unterhaltung, Freizeitgestaltung, Ernährung, Fremdenverkehr, aber auch sachbezogene Instandsetzungs- und Bewachungsleistungen (Heidenreich 1997; Scharpf 1986).

den sich im Hinblick auf die Beschäftigungsmöglichkeiten, was Scharpf mit divergierenden Rationalisierungspotenzialen und zusätzlich über die institutionelle Ordnung moderner Gesellschaften begründet.²⁹ Vor allem bei den konsumorientierten Dienstleistungen sind größere Beschäftigungspotenziale zu vermuten. Die wichtigste Voraussetzung dafür ist, dass sich die geringere Arbeitsproduktivität in diesem Bereich auch in einer entsprechenden Lohnentwicklung widerspiegelt, sonst drohen die von Baumol (1967) beschriebene Kostenkrankheit und das Verschwinden des Dienstleistungsangebots vom Markt.³⁰

Dass die Arbeitsproduktivität in den konsumorientierten und personenbezogenen Dienstleistungen niedrig ist und sich nur begrenzt steigern lässt, wird auf den Uno-actu-Zusammenhang von Dienstleistungsproduktion und Konsum zurückgeführt: Bei vielen konsumbezogenen Dienstleistungen setzt die Erbringung der Dienstleistung die Anwesenheit oder die aktive Mitwirkung der Klienten voraus. Daraus und aus der zeitlich schwankenden Inanspruchnahme dieser Dienste folgt, dass Überkapazitäten auf der Anbieterseite erforderlich sind, die einer Durchrationalisierung der Dienstleistungsproduktion entgegenstehen (Scharpf 1986: 15). Wegen der niedrigen Wertschöpfung in den konsumorientierten Dienstleistungen ist die Arbeitsnachfrage in diesem Bereich weitgehend auf Niedriglohnberufe beschränkt. Im öffentlichen Sektor kann der Staat durch Subventionen (zum Beispiel in der Kinderbetreuung) das Angebot aufrechterhalten. Die Beschäftigungspotenziale im produktionsbezogenen Dienstleistungsbereich sind geringer einzuschätzen. Das liegt vor allem daran, dass das Uno-actu-Prinzip nicht zum Tragen kommt. Im Gegenteil, allenfalls bei der Auftragserteilung und gegebenenfalls bei der Übergabe des erledigten Auftrags kommt es zu einem zeitlich und örtlich synchronisierten Zusammentreffen von Auftraggeber und Auftragnehmer. In der heutigen Zeit ist selbst das angesichts der Möglichkeiten moderner Kommunikationstechnologien keine Selbstverständlichkeit mehr. Gleichzeitig sind in den produktionsbezogenen Dienstleistungen moderne Informations- und Kommunikationstechnologien unabdingbare Voraussetzungen der Dienstleistungsproduktion. Damit ergeben sich in diesem Bereich insgesamt größere Rationalisierungspotenziale als in den konsumbezogenen Dienstleistungen. Deshalb wird es in produktionsnahen Diensten aller Wahrscheinlichkeit nach auch zukünftig keine über die Nachfrageausweitung hinausgehende Beschäftigungsentwicklung geben (Dølvik 2001; Gottschall 2000).

Empirisch lässt sich bestätigen, dass sich die sektorale Struktur der Arbeitsmärkte in Europa in den letzten Jahren stark verändert hat. Zwar arbeitet noch immer ein signifikanter Teil der Beschäftigten im produzierenden Gewerbe. Der Dienstleistungsbereich ist jedoch inzwischen zum wichtigsten ökonomischen Sektor geworden (Tab. 12). Noch in den 1970er-Jahren war der Anteil der in der Landwirtschaft

produktions-
nahe und
konsumorien-
tierte
Dienst-
leistungen

Uno-actu-
Prinzip

Dienstleistungs-
industrie als
dominierender
ökonomischer
Bereich

²⁹ Positive Arbeitsmarkteffekte sind durch Tertiarisierung nicht *per se* zu erwarten. Die Beschäftigungsentwicklung in der Dienstleistungsgesellschaft hängt nach Scharpf (1986) von der Einkommensverteilung (1), der Höhe steuerlicher Abgaben und der Sozialversicherungsabgaben, die direkten Einfluss auf den Preis von Dienstleistungen haben (2), und darüber hinaus vom Umfang der öffentlich finanzierten Dienstleistungen (3) ab. Bei hoher Einkommensungleichheit und niedriger Abgabenquote können sich private Dienste wie in den USA, trotz niedriger Produktivität, am Markt halten. Umgekehrt können bei niedriger Einkommensungleichheit und hoher Abgabenquote die wenig produktiven Dienste expandieren, wenn sie wie in den skandinavischen Wohlfahrtsregimes staatlich finanziert werden (Dølvik 2001; Gottschall 2000).

³⁰ In der Theorie der Kostenkrankheit wird darauf hingewiesen, dass der Dienstleistungssektor dann nicht expandieren wird, wenn die dortige Lohnentwicklung nicht an die Produktivität gekoppelt ist. Wenn der Dienstleistungssektor dasselbe Lohnniveau und vergleichbare Lohnsteigerungsraten aufweist wie im produzierenden Sektor, dann wird das Dienstleistungsangebot vom Markt verschwinden oder es muss künstlich durch staatliche Intervention am Markt gehalten werden.

Beschäftigten um ein Mehrfaches höher als zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Der Beschäftigungsanteil des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungsökonomie war in einigen Ländern (zum Beispiel Deutschland, Italien, Griechenland) etwa gleich bedeutsam. In den meisten anderen (west-)europäischen Staaten dominierte schon zu Beginn der 1970er-Jahre der tertiäre Arbeitsmarktbereich.

Tab. 12 | **Sektorale Umschichtung der Erwerbsbevölkerung**

	Primärer Sektor				Sekundärer Sektor				Tertiärer Sektor			
	1970	1991	1998	2006	1970	1991	1998	2006	1970	1991	1998	2006
EU-15	16,2	7,6	5,0	4,0	37,4	28,6	29,3	26,1	54,0	73,0	65,7	69,9
Belgien	5,0	2,0	2,5	2,2	42,0	25,0	27,0	24,5	53,0	73,0	70,5	73,3
Dänemark	11,0	5,6	3,9	3,3	36,0	28,0	26,3	23,1	53,0	66,0	69,8	73,6
Deutschland	8,0	3,4	3,3	2,7	48,0	35,0	33,9	29,4	44,0	62,0	62,8	67,9
Irland	25,0	13,0	9,4	6,2	31,0	24,0	28,3	26,8	56,0	73,0	62,2	67,0
Griechenland	41,0	22,0	18,4	12,4	27,0	27,0	22,8	21,7	32,0	51,0	58,9	65,9
Spanien	25,0	10,0	8,1	5,3	37,0	31,0	30,1	29,0	38,0	59,0	61,8	65,7
Frankreich	15,0	5,7	4,6	4,3	37,0	26,0	26,1	23,4	48,0	69,0	69,3	72,3
Italien	16,0	8,9	6,1	4,5	42,0	29,0	32,4	29,9	42,0	63,0	61,5	65,6
Luxemburg	9,4	3,1	3,1	1,9	44,3	29,7	21,4	16,6	46,3	67,1	75,5	81,5
Niederlande	6,0	4,0	3,7	3,2	36,0	24,0	22,6	20,2	58,0	72,0	73,8	76,6
Österreich	14,0	7,0	6,8	5,8	42,0	37,0	29,3	27,9	56,0	56,0	64,0	66,3
Portugal	30,0	11,0	14,1	12,0	30,0	33,0	34,8	30,2	40,0	66,0	51,1	57,7
Finnland	20,0	8,0	7,3	5,0	34,0	29,0	28,0	25,5	46,0	53,0	64,6	69,5
Schweden	8,0	4,0	3,3	2,4	39,0	28,0	25,7	21,7	53,0	68,0	71,1	75,9
Großbritannien	3,0	2,1	2,1	1,7	42,0	25,0	26,3	21,6	55,0	73,0	71,6	76,7
Bulgarien	-	-	-	9,3	-	-	-	33,2	-	-	-	57,4
Tschechien	13,5#	10,0	7,4	4,9	49,4#	45,9	39,7	38,8	37,0#	44,0	52,9	56,3
Estland	-	-	10,4	5,8	-	-	31,9	32,8	-	-	57,7	61,5
Zypern	-	-	4,8*	4,5	-	-	24,2*	22,5	-	-	71,0*	73,1
Lettland	-	-	19,1	11,5	-	-	27,0	26,5	-	-	53,9	62,0
Litauen	-	-	19,7	12,7	-	-	28,9	29,4	-	-	51,4	57,9
Ungarn	-	11,4+	8,1	5,2	-	35,6+	34,0	31,9	-	53,0+	57,9	62,9
Malta	-	-	-	2,2	-	-	-	27,7	-	-	-	70,1
Polen	-	25,0	19,2	17,4	-	31,5	32,1	28,4	-	43,5	48,8	54,2
Rumänien	-	-	43,8	31,9	-	-	26,9	29,4	-	-	29,3	38,7
Slowenien	-	-	13,0	10,2	-	-	38,6	34,9	-	-	48,4	54,9
Slowakei	-	10,2-	9,7	5,1	-	39,7-	37,8	38,1	-	50,1-	52,4	56,8
EU-27	-	-	7,9	6,4	-	-	29,7	27,1	-	-	62,4	66,5

Quelle: Eurostat *Arbeitskräfteerhebung 2007 für 1998, 2006 eigene Berechnungen; Haller (1997) für 1970, 1991; #1975, +1992, ~1994, *1999; Angaben in %.*

In den 1990er-Jahren hat der tertiäre Strukturwandel in allen betrachteten Ländern an Dynamik gewonnen. Zwischen 1998 und 2006 verzeichneten die europäischen Länder im produzierenden Gewerbe einen Verlust von etwa einer Million Arbeitsplätzen. Auch in der Landwirtschaft setzte sich in den 1990er-Jahren der Beschäftigungsrückgang fort. Hier verloren etwa zwei Millionen Personen ihren Arbeitsplatz. Dabei fiel der Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft von Beitrittsländern wie der Slowakei, Ungarn oder den baltischen Staaten sowie in Spanien, Irland und Griechenland besonders deutlich aus. Gleichzeitig wurden in diesem Zeitraum circa 19 Millionen Arbeitsplätze in der Dienstleistungsindustrie neu geschaffen (Eurostat *Arbeitskräfteerhebung 2007, eigene Berechnungen*). Diese beobachtbare Verschiebung innerhalb der sektoralen Struktur des europäischen

Arbeitsmarktes befindet sich weitgehend in Übereinstimmung mit der Theorie der post-industriellen Gesellschaft (Bell 1985; Fourastié 1954; Scharpf 1986).

Im Jahr 2006 arbeiten innerhalb der bisherigen Kernunion zwischen zwei Drittel und drei Viertel aller Beschäftigten in der Dienstleistungsökonomie; das entspricht einer Steigerung um 30 % gegenüber den 1970er-Jahren. Nur noch jeder vierte westeuropäische Arbeitnehmer ist in der Industrie zu finden. Besonders stark ist die Tertiarisierung in Dänemark, Schweden, den Niederlanden, Großbritannien und Luxemburg vorangeschritten, wo zwischen 74 und 82 % der Beschäftigten im Dienstleistungssektor beschäftigt sind. Zum Vergleich: Die USA hatten 2002 einen Beschäftigungsanteil von 76 % im tertiären Sektor (UNDATA 2008). In Osteuropa ist die Tertiarisierung deutlich geringer ausgeprägt als in den westeuropäischen Staaten oder den USA. Der geringste Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich findet sich in Rumänien, Polen und Slowenien. Einen mittleren Anteil von Beschäftigten im Dienstleistungsbereich weisen die mittel- und südeuropäischen Staaten auf (circa zwei Drittel der Arbeitnehmer).

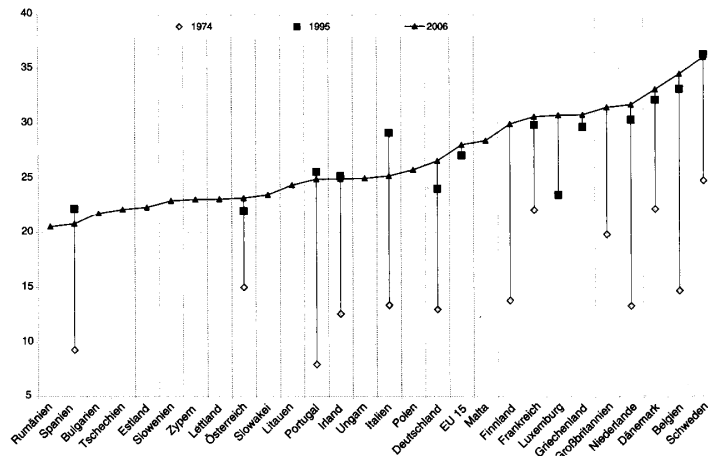
Mit dem Ost-West- beziehungsweise Nord-Süd-Gefälle der Tertiarisierung korrespondiert ein vergleichsweise stark ausgebauter landwirtschaftlicher Sektor in ost- und südeuropäischen Staaten (Slowenien, Lettland, Portugal, Griechenland, Litauen). Polen und vor allem Rumänien sind gesondert zu erwähnen, da hier im Jahr 2006 ein in Relation zum EU-15-Durchschnitt dreifacher beziehungsweise sechsfacher Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft zu finden war. In Ungarn, Estland, Bulgarien, Slowenien, der Slowakei und Tschechien sorgen die Unternehmen des produzierenden Gewerbes auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts für eine vergleichsweise starke Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Hier sind immer noch zwischen 32 und 39 % der Beschäftigten in der Industrie oder auf dem Bau tätig, obwohl zwischen Anfang und Mitte der 1990er-Jahre ein Abbau der Industriebeschäftigten stattfand. Die seit Anfang der 1990er-Jahre den Weltmärkten ausgesetzten (ehemals staatlichen) Industrieunternehmen bauten damals zur Sicherung ihrer Überlebensfähigkeit massiv Personal ab (Stark/Bruszt 1998). Inzwischen hat sich die Industriebeschäftigung in Osteuropa konsolidiert, und es zeigen sich auch die Effekte der Auslagerung von Industrieproduktion aus Hochlohnländern wie der Bundesrepublik oder Schweden (Hunya 2004).

Ein Blick auf den Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst offenbart, dass sich die Etablierung der Dienstleistungsgesellschaft in Europa auf unterschiedliche Weise vollzogen hat. Dazu wird im Schaubild 15 der Anteil der Beschäftigten in den Wirtschaftszweigen zusammengefasst, in denen öffentliche Beschäftigung dominiert (öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen).³¹

³¹ Durch dieses Verfahren wird der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Ländern leicht überschätzt, in denen z. B. im vorschulischen Erziehungsbereich auch nichtstaatliche Institutionen eine Rolle spielen (Großbritannien, Irland, Niederlande, Belgien). Alternativ könnte man nur die Bereiche öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung thematisieren. Dadurch würde jedoch der Anteil der Beschäf-

hohe
Tertiarisierung
in Dänemark,
Schweden, den
Niederlanden,
Großbritan-
nien und
Luxemburg

Schaubild 15 | Beschäftigte im öffentlichen Sektor



Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung 2007, eigene Berechnung; Haller (1997) 1974.

In Spanien, Irland und mit gewissen Einschränkungen in Italien ist der Wandel von einer agrarisch geprägten Gesellschaft zu einer Dienstleistungsgesellschaft mit einem moderaten Ausbau öffentlicher Dienstleistungen verbunden, wie auch der Vergleich mit dem sektoralen Wandel in Tabelle 12 zeigt. In diesen Ländern hat sich in den letzten drei Jahrzehnten vor allem der Anteil der Beschäftigten im privaten Dienstleistungssektor stark erhöht (personen- und konsumbezogenen Dienstleistungen, Handel, Tourismus). In Skandinavien, Belgien und Frankreich ist die Tertiärisierung in den letzten drei Jahrzehnten eng mit einem Wachstum der Beschäftigung in den Bereichen öffentliche Verwaltung, Bildung, Gesundheits- und Sozialwesen und einem gleichzeitigen Rückgang der Industriebeschäftigung verbunden. Aktuell liegt der Anteil der Gesamtbeschäftigten im öffentlichen Dienst in diesen Ländern bei 31 bis 36 %. Damit arbeiten vier bis fünf von zehn Dienstleistungsbeschäftigten im öffentlichen Sektor. Für die osteuropäischen Beitrittsländer sind andere Muster zu beobachten: Der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft und der Industrie ist in den meisten dieser Staaten noch

tigten im öffentlichen Dienst stark unterschätzt werden, da in vielen europäischen Staaten der überwiegende Teil der Beschäftigten in den Bereichen Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen in öffentlichen Betrieben arbeitet. Zudem ähneln Arbeitsbedingungen, Entlohnung, Betriebsgröße oder Beschäftigungssicherheit in beispielsweise nichtstaatlichen Einrichtungen des Bildungs- oder Gesundheitssektors sehr viel stärker denen in staatlichen Einrichtungen dieser Bereiche als beispielsweise in der Industrie- und Baubranche oder im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen.

immer deutlich höher als in allen anderen betrachteten europäischen Ländern. Auch der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist deutlich niedriger als in den westeuropäischen Staaten, was auch auf den Abbau der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und die Privatisierung von im staatlichen Besitz befindlichen Unternehmen in den 1990er-Jahren zurückzuführen ist (Åslund 2002: 255ff.; Gabrisch/Hölscher 2007: 60ff.). Estland, Lettland, Tschechien und Bulgarien sind Beispiele für einen mittleren bis niedrigen Anteil von Arbeitnehmern im tertiären Sektor (vgl. Tab. 12), der allerdings primär auf dem Wachstum des privaten Dienstleistungsbereichs und einer relativ geringen öffentlichen Beschäftigung basiert.³²

Trotz weiter bestehender nationaler Unterschiede kann man vor dem Hintergrund dieser Ergebnisse für Europa als Wirtschafts- und Sozialraum davon ausgehen, dass im Zuge der Ablösung der Industrie- durch die Dienstleistungsgesellschaft eine Angleichung der sektoralen Strukturen des Arbeitsmarktes vorstatten geht. Statistisch lässt sich diese Beobachtung absichern: Die Streuung der Beschäftigungsquoten hat im primären, sekundären und tertiären Arbeitsmarktbereich in den letzten Jahren abgenommen.

Angleichung der Arbeitsmarktstrukturen

Berufsstruktureller Wandel des Arbeitsmarkts

Der tertiäre Strukturwandel hat Konsequenzen für die Beschäftigungsverhältnisse und die Berufsstrukturen. In der Forschung wurde in den letzten Jahren vielfach beschrieben, dass Tertiärisierungsprozesse eine Restrukturierung und Polarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen mit sich bringen. Speziell in den konsumorientierten Diensten gehören schlecht bezahlte und prekäre Jobs zum Standard. In den produktionsnahen Dienstleistungen dominieren hingegen Berufe für Menschen mit hohen Qualifikationen, die sicherer sind und besser entlohnt werden. Getragen wird diese Entwicklung in den westlichen Gesellschaften vor allem durch eine starke Ausweitung der Arbeitsmarktnachfrage nach hoch qualifizierten Dienstleistungstätigkeiten und einer geringer werdenden Nachfrage nach qualifizierten und unqualifizierten Arbeitnehmern für Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe (Acemoglu 2002; Card/DiNardo 2002; Katz/Autor 1999).

Restrukturierung des Beschäftigungssystems

Für den tertiärisierten Arbeitsmarkt wird angenommen, dass ein breiter Zugriff auf das Leistungsvermögen der Arbeitnehmer mit erhöhten Anforderungen an Flexibilität und soziale und prozessbezogene Qualifikationen einhergeht. Diese Entwicklung korrespondiert mit einer Ablösung oder Aufweichung von sogenannten Normalarbeitsverhältnissen, die zugunsten atypischer Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt werden (Breen 1997; Kalleberg 2000; Keller/Seifert 1995; Offe 1982; Walwei 1996). Die Folge ist eine Entstandardisierung der Arbeitsabläufe, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sowie eine Verschiebung in den betrieblichen und

³² Zahlenreihen für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst seit Anfang der 1970er-Jahre liegen leider nicht komplett vor. Eine Aussage für die betrachteten Länder ist daher schwierig. Tendenziell zeigt sich jedoch, dass es in Europa trotz Privatisierung und Liberalisierung keinen Rückgang der Beschäftigung im öffentlichen Sektor geben hat. Einzig in Italien und Spanien ist seit Mitte der 1990er-Jahre ein gewisser Abbau von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung, dem Bildungsbereich und dem Gesundheits- und Sozialwesen feststellbar.

überbetrieblichen Entlohnungsstrukturen. Ein wesentlicher Teil der Arbeitsplätze wird in den konsumorientierten Dienstleistungen aufgrund der niedrigen Wertschöpfungsraten schlecht bezahlt. Auch die Befristung von Arbeitsverträgen und die Zunahme projektbezogener Anstellungen – wie sie inzwischen in vielen Bereichen der Dienstleistungsindustrie üblich sind (Internet, Werbung, Medien, Film, Marketing) – hat negative Folgen für Entlohnung und sonstige Gratifikationen. Ausgenommen davon sind hoch qualifizierte Beschäftigte, wie Giesecke und Groß (2003) zeigen können. Gleichzeitig ist in den produktionsorientierten Dienstleistungen die Zahl sehr gut bezahlter Arbeitsplätze gewachsen. DiPrete et al. (2002) weisen darauf hin, dass Wertschöpfung viel stärker über arbeitsorganisatorische und auch zwischenbetriebliche Grenzen hinweg stattfindet. Die Gruppe der Analysten, Strategen, Problemlöser und Manager wird so für die Unternehmen immer wertvoller. Im Zuge dieser Entwicklung verringern sich die Gratifikationen nach Betriebszugehörigkeiten, und die Beschäftigten werden stärker nach Qualifikation und Berufserfahrung bezahlt. Hoch qualifizierte Arbeitnehmer (zum Beispiel Analysten) profitieren von diesem Strukturwandel, während gering qualifizierte Dienstleister und manuelle Arbeiter Einkommenseinbußen hinnehmen müssen.

1960er- und 1970er-Jahre: qualifizierte Arbeitnehmer stark nachgefragt

Anfang der 1960er-Jahre lag der Anteil der hoch qualifizierten Dienstleistungsberufe an der Gesamtbeschäftigung in den westeuropäischen Industrienationen zwischen zehn und 15 % (Haller 1997: 398). Zu diesem Zeitpunkt dominierte die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitnehmern für Industrie, Bau und Landwirtschaft, wie dies für das fordistische Akkumulationsregime typisch war (siehe hierzu Bell 1985: 116ff.; Lutz 1989: 219ff.). Der Beschäftigungsanteil dieser Gruppe lag in Europa zwischen 35 und 43 %. Der Anteil von unqualifizierten Tätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt war hingegen gering in Europa. Qualifizierte und einfache Dienstleistungstätigkeiten wurden bereits relativ stark nachgefragt, was sich in einem Beschäftigungsanteil von 28 bis 38 % niederschlug (Haller 1997: 398). Anfang des 21. Jahrhunderts finden wir gegenüber den 1960er- und 1970er-Jahren eine andere Zusammensetzung der Berufsstruktur Europas (Tab. 13). Der Anteil der hoch qualifizierten Dienstleistungsberufe in Europa nahm zu, während der der qualifizierten Tätigkeiten im primären und sekundären Sektor sank. Aktuell ist in Großbritannien, Belgien, Irland und den Niederlanden der größte Anteil hoch qualifizierter Dienstleistungstätigkeiten in Europa zu beobachten. Hier nimmt fast jeder dritte Arbeitnehmer eine solche Position ein. Einen mittleren Umfang hoch qualifizierter Dienstleistungsjobs weisen unter anderem Schweden, Dänemark, Frankreich und Slowenien auf. Den geringsten Arbeitsmarktanteil solcher Jobs findet sich in Rumänien, Portugal, Slowakei, Österreich, Tschechien und Zypern (zwischen 13 und 18 %).

starker Anstieg der Nachfrage nach Hochqualifizierten

Auch im Bereich der qualifizierten und einfachen Dienstleistungen haben sich in den letzten Jahrzehnten deutliche Veränderungen ergeben. Im Durchschnitt liegt der Anteil dieser Berufe an der Gesamtbeschäftigung in der bisherigen Kernunion inzwischen bei 42,5 % gegenüber einem Beschäftigungsanteil von etwas über 30 % zu Anfang der 1960er-Jahre (Haller 1997: 398). In Ländern wie Dänemark, Schweden, der Bundesrepublik, Großbritannien, Österreich oder Italien sind in diesem Segment der Berufsstruktur zwischen 1970 und 2006 zweistellige Zuwachsraten zu beobachten. Für südeuropäische Länder wie Spanien, Portugal und Griechenland, aber auch für die Mehrheit der osteuropäischen Beitrittsnationen ist ein niedrigerer Anteil von qualifizierten und einfachen Dienstleistungsberufen festzustellen. Das Arbeitsmarktsegment der qualifizierten Jobs in der Land-

Berufsstruktureller Wandel

Tab. 13

	Hoch qualifizierte Dienstleistungen		Qualifizierte, einfache Dienstleistungen		Qualifizierte Tätigkeiten (Landwirtschaft, Industrie, Bau)		Unqualifizierte Tätigkeiten	
	1998	2006	1998	2006	1998	2006	1998	2006
EU-15	22,0	23,3	41,0	42,5	28,3	24,3	8,7	9,9
Belgien	31,1	33,4	36,6	37,7	23,6	19,5	8,6	9,3
Dänemark	19,5	23,5	45,9	46,4	21,9	19,5	12,7	10,6
Deutschland	19,6	20,6	44,6	47,0	28,2	24,4	7,6	8,0
Irland	33,8	32,3	32,8	35,9	23,8	22,6	9,6	9,2
Griechenland	24,3	25,9	28,5	33,6	41,4	34,0	5,9	6,6
Spanien	20,6	20,3	32,3	36,3	33,0	28,6	14,1	14,7
Frankreich	19,6	22,2	43,7	41,9	28,8	26,0	7,8	9,8
Italien	14,2	19,3	43,8	43,7	33,0	27,6	8,9	9,4
Luxemburg	21,8	28,5	44,6	45,2	22,8	15,7	10,8	10,5
Niederlande	30,2	30,2	42,9	43,8	19,6	16,6	7,3	9,4
Österreich	17,9	17,3	41,4	46,3	31,7	25,8	8,9	10,6
Portugal	14,1	17,0	29,8	32,7	43,3	38,4	12,7	11,8
Finnland	26,1	27,3	37,6	39,6	28,6	25,0	7,7	8,1
Schweden	20,5	24,7	48,7	47,6	25,6	21,8	5,2	6,0
Großbritannien	30,9	29,6	39,7	43,0	21,4	16,9	8,1	10,6
Bulgarien	20,6+	19,6	33,3+	32,8	36,2+	35,3	10,0+	12,3
Tschechien	16,5	17,6	38,7	41,1	36,2	35,7	8,6	5,6
Estland	25,5	28,2	28,9	29,9	34,5	31,9	11,2	10,0
Zypern	15,4*	17,9	44,1*	42,6	26,5	23,0	13,9*	16,5
Lettland	19,6	21,6	28,7	32,6	38,2	33,8	13,5	12,0
Litauen	23,8	25,7	21,8	25,2	43,1	38,4	11,4	10,7
Ungarn	18,6	21,3	35,5	37,5	37,3	33,3	8,6	7,9
Malta	18,7+	21,0	41,5+	43,8	24,0+	23,2	15,8+	12,0
Polen	16,7	22,1	29,3	29,6	45,8	40,6	8,1	7,6
Rumänien	8,5	13,1	18,9	23,4	66,0	52,3	6,6	11,2
Slowenien	15,3	22,0	36,5	36,9	43,5	34,1	4,8	7,0
Slowakei	15,4	17,2	37,2	39,0	36,8	34,9	10,5	8,9
EU-27	20,5	22,5	38,3	40,2	32,6	27,6	8,6	9,7

Quelle: Eurostat Arbeitskräfteerhebung 2007, eigene Berechnungen; *1999, +2002; Angabe der prozentualen Verteilung der Berufsgruppen.

wirtschaft, der Industrie und dem Bau ist hier größer als in anderen europäischen Staaten. Rumänien bildet das Schlusslicht mit dem geringsten Anteil von Beschäftigten in qualifizierten und einfachen Dienstleistungsberufen – ein Ausdruck des großen Nachholbedarfs im tertiären Sektor.

Bei qualifizierten landwirtschaftlichen Tätigkeiten und qualifizierten Industrieberufen lässt sich in den letzten Jahrzehnten ein starker Arbeitsplatzabbau feststellen. Der Anteil dieser Arbeitsplätze an der Gesamtbeschäftigung hat sich zwischen Anfang der 1960er-Jahre und 2006 in etwa halbiert. Im Durchschnitt des bisherigen Kerneuropas geht noch jeder vierte Arbeitnehmer solchen Tätigkeiten nach. Auch in diesem Arbeitsmarktsegment gibt es Unterschiede innerhalb Europas: In den osteuropäischen Beitrittsnationen ist der Anteil dieser Tätigkeiten an der Gesamtbeschäftigung (zwischen 32 und 52 %) deutlicher höher als in Westeuropa. In Großbritannien, den Niederlanden und in Luxemburg ist nur noch jeder sechste Arbeitnehmer derart beschäftigt. Ein gegenläufiger Trend lässt sich für die

Zuwachs
niedrig
qualifizierter
Tätigkeiten

unqualifizierten Berufe feststellen. Während Anfang der 1960er-Jahre innerhalb der EU-15 zwischen einem und fünf Prozent der Erwerbstätigen unqualifizierten Berufen nachgingen (Haller 1997: 398), sind es am Anfang des 21. Jahrhunderts fast zehn Prozent der Beschäftigten. Besonders stark fiel dieser Trend in Schweden, Finnland und Österreich aus, wo Anfang der 1960er-Jahre nur etwa ein Prozent der Beschäftigten in unqualifizierten Berufen tätig war (Haller 1997: 398).

Der Abschnitt hat gezeigt, dass Europa einen tertiären Wandlungsprozess erlebt, der zum einen die sektorale Zusammensetzung der Volkswirtschaften und zum anderen die Berufsstrukturen reorganisiert. Die Expansion des Dienstleistungssektors ist vor allem in den konsum- und personenbezogenen Diensten mit einem Beschäftigungswachstum verbunden, da die zeitliche Verknüpfung von Herstellung und Konsum dieser Dienstleistungen einer Durchrationalisierung entgegensteht und so ein hoher Personalaufwand erforderlich ist (Scharpf 1986). Die verfügbaren Daten lassen eine Unterteilung in personen-/konsumbezogene und produktionsbezogene Dienstleistungen zwar nicht zu, die verwendeten amtlichen Statistiken machen jedoch deutlich, dass der Tertiarisierungsprozess in Europa sehr viele neue Jobs im Dienstleistungssektor geschaffen hat. In diesem Kontext lässt sich ein berufsstruktureller Wandel beobachten: Einerseits nimmt die hoch qualifizierte und qualifizierte Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu, andererseits nehmen qualifizierte Tätigkeiten im produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft ab, gleichzeitig steigt der Anteil unqualifizierter Arbeitnehmer. Diese Entwicklung hat für die Sozialstrukturen der europäischen Staaten Konsequenzen. Die individuellen Teilhabechancen am Arbeitsmarkt als der zentralen Vergesellschaftungsinstitution sind zu Beginn des 21. Jahrhunderts ungleicher verteilt als noch in den 1970er-, 1980er- oder 1990er-Jahren.